

Pressemitteilung

Chemnitz/Bonn, 8.4.2019

Sicheres Handeln in kommunalen Stresssituationen in Sachsen

Auftakt der Reihe „Chemnitzer Dialog“ zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die Auftaktveranstaltung „Chemnitzer Dialog – In kommunalen Stresssituationen sicher handeln“ am 8. April 2019 in Chemnitz bot sächsischen kommunalen Verantwortungsträgern die Möglichkeit, sich über gesellschaftspolitische Herausforderungen auszutauschen und bereits erfolgreiche Handlungsmethoden zu diskutieren.

Sven Schulze, Bürgermeister der Stadt Chemnitz, begrüßte die Initiative des Dialogformats: „Die Ereignisse der letzten Monate haben Chemnitz in kommunale Stresssituationen gebracht. Man kann durch die Ereignisse lernen. Sich darauf aktiv vorzubereiten – das ist besser. Ich begrüße deshalb, dass der Chemnitzer Dialog dafür eine Austauschplattform bietet. Es gibt keine einfachen und schnellen Antworten auf die Herausforderung. Wir haben einen langen Weg vor uns und wir sind alle gefragt. Es ist an der Zeit, die Zuschauerränge zu verlassen und aufs Spielfeld zu gehen.“

In vier Fachforen diskutierten die Teilnehmenden aus gut 40 Kommunen mit Experten aus der Praxis über Herausforderungen und besprachen erfolgreiche praktische Beispiele angesichts des politischen Neutralitätsgebots, gewaltsamen Mobilisierungsformen, des Zusammenhalts in der Kommune und der Rolle der Zivilgesellschaft sowie des Umgangs mit Reichsbürgern und Maßnahmen der Radikalisierungsprävention.

Auch die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, stand für ein Gespräch mit den Teilnehmenden bereit: „Als ehemalige Bürgermeisterin und Landrätin kenne ich kommunale Stresssituationen, die an der Basis bei den Menschen vor Ort entstehen können, nur zu gut. Ich weiß daher, wie wichtig es für die Verantwortungsträgerinnen und –träger in den Kommunen ist, sich schnell untereinander und ebenso auch mit der Staatsregierung auszutauschen und abstimmen zu können. Ich freue mich, dass ich heute den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele Hilfs- und Unterstützungsangebote vorstellen konnte, wie beispielsweise das Demokratie-Zentrum Sachsen, das in meinem Geschäftsbereich angesiedelt ist. Wir reichen hier der kommunalen Ebene aktiv die Hand zur Zusammenarbeit, um gemeinsam die Demokratie in Sachsen zu stärken und die Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern.“

Dr. Gregor Rosenthal, Leiter der Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) betonte die Wichtigkeit des offenen Austausches auf Augenhöhe und die Übertragung guter Beispiele aus der Praxis. Für das BfDT sei die Auftaktveranstaltung eine gute Grundlage für die Fortführung des Formats unter aktiver Einbindung der Zivilgesellschaft.

Der „Chemnitzer Dialog“ ist eine Veranstaltung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in Kooperation mit der Sächsischen Ministerin für Gleichstellung und Integration und der Stadt Chemnitz.

Pressemitteilung

Chemnitz/Bonn, 8.4.2019

Ihr Ansprechpartner für Presseanfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de
www.bpb.de/presse/

Ihre Ansprechpartnerin für inhaltliche Fragen:

Bundeszentrale für politische Bildung
Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz
Janneke Stein
Friedrichstr. 50, 10117 Berlin
Tel +49 (0)30 254 504-464
Fax +49 (0)30 254 504-478
janneke.stein@bpb.de
www.buendnis-toleranz.de

Über das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT):

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) wurde am 23. Mai 2000, am Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründet. Das Bündnis ist bundesweiter Ansprechpartner und Impulsgeber für die Zivilgesellschaft – also alle, die unser gesellschaftliches Zusammenleben aktiv mitgestalten. Das BfDT sammelt, bündelt und vernetzt das vielfältige, tagtägliche Engagement für Demokratie und Toleranz in Deutschland. Seit 2011 ist die Geschäftsstelle des BfDT Teil der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.